

Aachener Zeitung

MONTAG, 8. MÄRZ 2010 · 65. JAHRGANG



SCHIRI-SKANDAL
DFB-Präsident Zwanziger
läuft der Krise hinterher

► Sport



LESERBRIEFE
Heftige Diskussion um Stress
durch verkürztes Abitur

► Im Lokalteil



HANDYTARIFE
Was Eltern
beachten sollten

► Wirtschaft

Nummer 56

www.az-web.de

1,10 Euro

IM LOKALTEIL

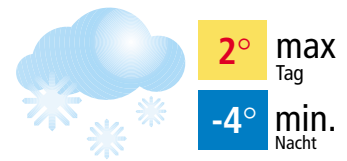
► Eltern renovieren Klassenräume

Aachen. Weil Geld nur für Sanierungen bereit gestellt werden kann, greifen die Eltern der Grundschule Auf der Hörn wie so viele andere an anderen Schulen selbst zum Pinsel und streichen die Klassen neu. Die Farbe bekommen sie dafür von der Stadt gestellt.

► Euregio: Bilanz der Wirtschaftsschau

► Formel-1-Renner rasen in der Schule

WETTER



► Wetterkarte Bunte Seite

TELEGRAMME

Fußball aktuell

Bundesliga:	
Nürnberg - Leverkusen	3:2
Hoffenheim - Mainz	0:1
2. Bundesliga	
Union Berlin - Duisburg	0:1
1860 München - St. Pauli	2:1
Augsburg - Paderborn	3:0

Alemannia kassiert die nächste Niederlage

Cottbus. Alemannias Talfahrt geht ungebremst weiter. Bei Energie Cottbus verlor der Zweitligist nach schwacher Leistung 1:3. Im ersatzgeschwächten Team patzten besonders die routinierten Abwehrspieler. Schon nach Spielschluss fingen die Aussprachen an. Aachen ist noch sieben Punkte vom Relegationsplatz entfernt. ► Sport

Dreister Überfall auf Pokerturnier

Berlin. Nach dem dreisten Überfall auf ein Pokerturnier im Berliner Luxushotel Grand Hyatt gibt es noch keine konkrete Spur zu den Tätern. Mindestens vier bewaffnete und maskierte Täter hatten ein Luxushotel am Potsdamer Platz gestürmt und die Angestellten zur Herausgabe von Geld gezwungen. ► Seite 5

FAMILIENANZEIGEN

Heute auf Seite 8

KONTAKT

Aachener Zeitung
Postfach 500110, 52085 Aachen

Zeitungsverkauf/-zustellung:
Telefon: 0241/5101-701
Fax: 0241/5101-790

Anzeigenannahme:
Telefon: 0241/5101-700
Fax: 0241/5101-790

Redaktion:
Tel: 0241/5101-310
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Fax: 0241/5101-360

Verlag:
Tel: 0241/5101-0 (Zentrale)

AZ im Internet:
www.az-web.de

Dürener setzen ein Zeichen

750 Menschen demonstrieren gegen die NPD

Düren. Nach dem gescheiterten Kauf einer örtlichen Gaststätte durch die NPD haben am Samstag rund 750 Bürger im Dürener Stadtteil Merken gegen die Aktivitäten der Rechtsextremisten in dem 3300 Einwohner zählenden Ort demonstriert.

„Wir lassen nicht zu, dass sich Neonazis bei uns breit machen“, erklärte Jo Ecker von der Initiative „Unser Merken gegen Rassismus und Gewalt“ unter dem Beifall der friedlich demonstrierenden Teilnehmer. „Wir lehnen Extremismus jeglicher Art ab und stehen

für Werte wie Freiheit, Offenheit, Gerechtigkeit und Solidarität, für ein demokratisches Gemeinwesen“, betonte Dürens Bürgermeister Paul Larue in einer Ansprache und lobte die Geduld und Besonnenheit der Merken in den zurückliegenden Wochen.

„Wir können aufatmen“, erklärte Susanne Rössler vom „Dürener Bündnis gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt“. „Wenn sich die NPD in Merken breitgemacht hätte, wäre das für die ganze Region bedrohlich gewesen.“ (ja)

Tausende Eltern vernachlässigen Vorsorgetermin

Auch nach der Erinnerung an die **Untersuchung beim Kinderarzt** reagiert etwa ein Viertel nicht. Jeden Monat gehen Hunderte Fälle zu den Jugendämtern.

Düsseldorf. Die vor rund zwei Jahren eingeführte Meldepflicht bei versäumten Vorsorgeuntersuchungen für Kinder hat zu Tausenden Briefen an Eltern in NRW geführt. Im Dezember 2009 sind landesweit durchschnittlich etwas mehr als zehn Prozent der Eltern kleiner Kinder angeschrieben worden. Das geht aus erstmals erhobenen Zahlen des NRW-Gesundheitsministeriums hervor.

Mit den Briefen werden die Eltern daran erinnert, bislang versäumte Vorsorgeuntersuchungen beim Kinderarzt wahrzunehmen. Konkret geht es um die kostenlosen U 5 bis U 9 bei Kindern im Alter von sechs Monaten bis fünf Jahren. Reagieren Eltern darauf

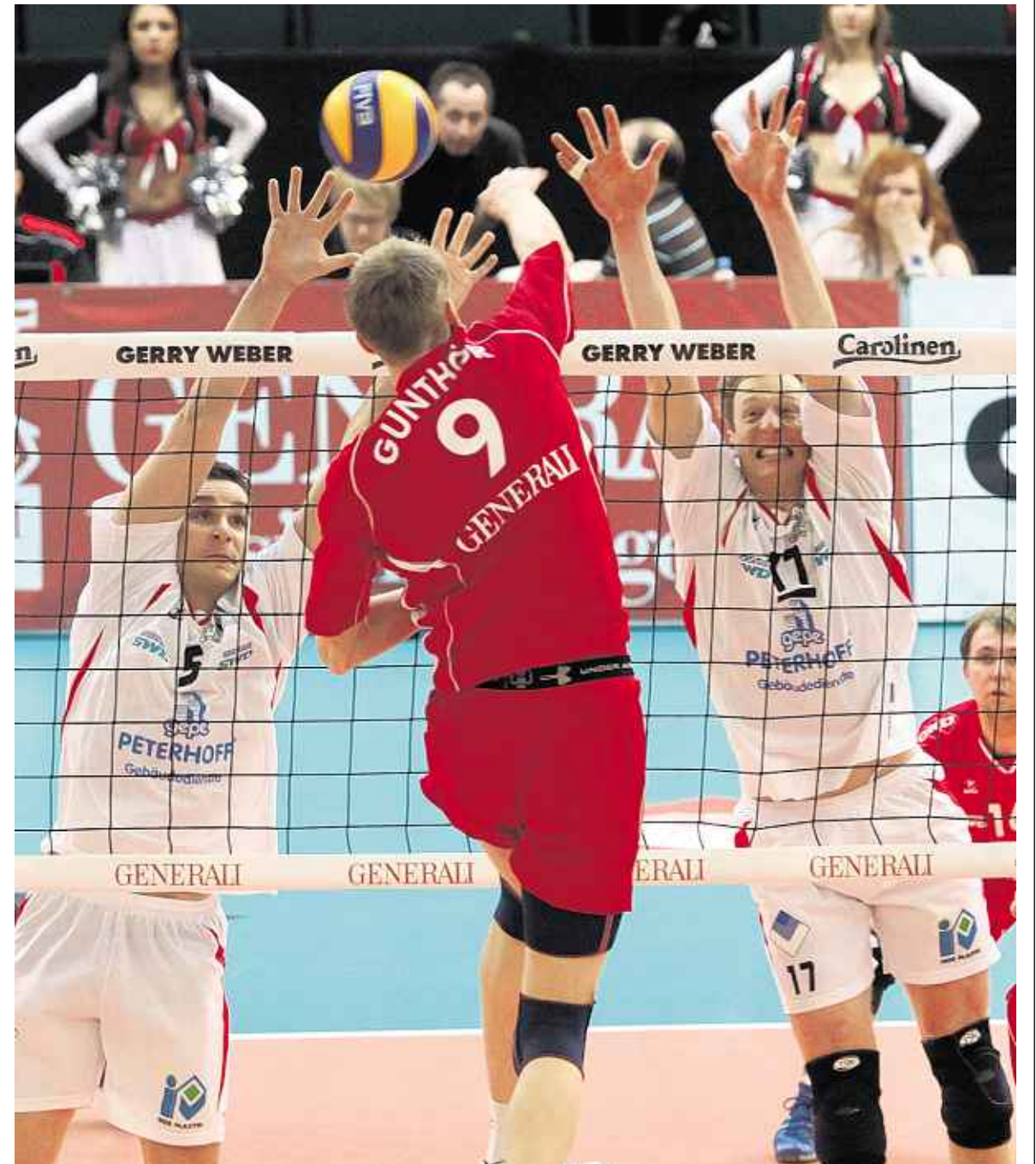
nicht, werden in einem zweiten Schritt die Jugendämter eingeschaltet. Im Dezember seien in ganz NRW mehr als 1640 Eltern wegen einer versäumten U 5 (sechster bis siebter Lebensmonat) angeschrieben worden, so das Ministerium. Davon seien schließlich in 370 Fällen Informationen an Jugendämter weitergeleitet worden, weil sich die Eltern zunächst nicht gemeldet hätten. Bei der U 6 (zehnter bis zwölfter Lebensmonat) seien es in dem Zeitraum 1470 Elternschreiben gewesen. Davon gingen 340 Briefe später an die Kommunen. Insgesamt stünden landesweit pro Monat jeweils rund 12000 Kinder für alle Untersuchungsstufen zu einem Vorsorgetermin an.

Die neue Meldepflicht zum Schutz vor familiärer Gewalt und Vernachlässigung sieht vor, dass Eltern zunächst von der „Zentralen Stelle Gesunde Kindheit“ beim Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit angeschrieben werden. Das Institut erhält dafür Daten von Kinderärzten. Über einen Abgleich mit den Einwohnermeldeämtern wird dann ermittelt, welches Kind nicht bei den Untersuchungen war. Auf die zunächst sehr hohe Fehlerquote wegen zu kurzer Fristen sei mittlerweile reagiert worden. „Es wurde nachgebessert“, hieß es im Ministerium. (dpa)

Arbeitgeber fordern Kindergartenpflicht

Eine Kindergartenpflicht für alle Mädchen und Jungen im Vorschulalter fordern die Arbeitgeberverbände in NRW. Deren Präsident Horst-Werner Maier-Hunke sagte, wünschenswert wäre auch ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr. Der Grundstein für eine bessere Bildung müsse bereits im Kindergarten gelegt werden. Er wisse aber auch um die Nöte, so etwas zu finanzieren.

Evivo Düren im Pokal-Pech: 2:3-Niederlage im Finale



Evivo Düren hat den Finalkampf um den Deutschen Volleyball-Pokal in Halle (Westfalen) verloren. 3:2 gewann Titelverteidiger Generali Haching gestern in einem packen-

den Spiel vor 10 200 Zuschauern. Dabei hatten die Dürener die ersten beiden Sätze knapp mit 25:21 und 25:23 gewonnen und waren so 2:0 in Führung gegangen. Doch dann dreh-

te Haching auf und gewann die nächsten drei Sätze klar mit 25:14, 25:14, 15:10. Düren verlor damit bereits sein viertes Pokalfinale.

Foto: Andreas Steindl ► Sport

Missbrauchsvorwürfe gegen eine Nonne

Druck auf den Papst wächst. Lange vertuschter Skandal an privatem Internat.

Hamburg. Papst Benedikt XVI. soll Farbe bekennen im Missbrauchsskandal in katholischen Einrichtungen. Das fordert die Reformbewegung „Wir sind Kirche“. „Denn Joseph Ratzingers Amtszeit als Münchner Erzbischof von 1977 bis 1982 gehört genau zu den Jahren, um die es bei den Missbrauchsfällen geht“, sagte „Wir sind Kirche“-Sprecher Christian Weisner. Es dränge sich die Frage auf, ob er Kenntnis von solchen Übergriffen gehabt habe. Der Bru-

der des Papstes, Georg Ratzinger, der die Regensburger Domspatzen lange geleitet hatte, spürt bei einigen Missbrauchsvorfällen „eine Feindseligkeit der Kirche gegenüber, die bewusste Intention, schlecht über die Kirche zu reden“. Auch bei den Domspatzen sind Fälle bekanntgeworden.

Gestern gab es neue Vorwürfe. Sie richteten sich gegen eine frühere Nonne der Berliner Hedwigsschwester. Eine ehemalige Kinderheim-Bewohnerin berichtete

im ZDF, die Nonne habe sie in den 50er und 60er Jahren jahrelang missbraucht. Das heute 60-jährige Opfer spricht von ständigen Berührungen im Intimbereich.

Auch außerhalb der katholischen Kirche wurden Missbrauchsfälle bekannt: am Elite-Internat Odenwaldschule in Heppenheim. Betroffene berichteten unter anderem, sie seien von 1970 bis 1985 von Lehrern als „sexuelle Dienstleister“ eingeteilt worden. (dpa) ► Die Seite drei, Kommentar Seite 4

Merkel lädt zur Party – diesmal für den IG-Metall-Chef

Als die Kanzlerin ein Festessen zum 60. des Deutsche-Bank-Chefs ausgab, war die Aufregung groß. Das dürfte bei Huber anders sein.

VON FRANK RAFALSKI

Berlin. Es war einer der Aufreger im Bundestagswahlkampf 2009. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte zum 60. Geburtstag von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann ins Kanzleramt zu Tisch gebeten. Als das feierliche Abendessen mehr als ein Jahr später publik wurde, war die Aufregung groß.

Inzwischen ist der Bundestagswahlkampf zwar vorbei, die politische Stimmung wegen der bevorstehenden NRW-Wahl und des eher bescheidenen Bildes der schwarz-gelben Koalition aber nach wie vor brisant. Über schwarz-grüne Bündnisse wird

spekuliert. Die FDP wirft der Kanzlerin eine schleichende Sozialdemokratisierung ihrer Partei vor. Schwarz-Gelb muss sich andererseits aus dem Arbeitgeberlager ungeschöne Vorwürfe wie „orientierungslos“ oder „plakativ statt seriös“ anhören.

Dazu passt, dass wieder mal ein runder Geburtstag zu feiern ist – diesmal nicht von einem umstrittenen Spitzenbanker, sondern von einem kämpferischen Arbeiterführer. Für den 17. März darf IG-Metall-Chef und SPD-Mitglied Berthold Huber gemeinsam mit der Kanzlerin etwa 30 Gästen auszusuchen, mit denen er im Kanzleramt auf Staatskosten speisen will. Anlass ist auch hier wieder der 60. Geburtstag.

„Die Bundeskanzlerin wird Gäste aus dem Bereich der Gewerkschaften, von Betriebsräten sowie der Metall- und Elektroarbeitgeber einladen zu einem Abendessen zu Ehren

von IG-Metall-Chef Berthold Huber. Dabei wird es einen Gedankenaustausch zu aktuellen Themen der Sozialpolitik geben“, ließ die Kanzlerin am Wochenende über eine Sprecherin offiziell wissen.

Die Gästeliste wird – wie üblich – nicht bekanntgegeben. DGB-Chef Michael Sommer, Metall-Arbeitgeber Martin Kannegiesser, VW-Chef Martin Winterkorn und Siemenschef Peter Löscher sind laut „Süddeutsche Zeitung“ geladen. Dazu kommen die Betriebsratsvorsitzenden von Opel und Porsche, die sich im Kampf gegen die Folgen der Wirtschaftskrise besonders engagiert zeigten. Für An-

gela Merkel ist es eine willkommene Gelegenheit, wieder mal zu zeigen, wie breit sie inzwischen politisch aufgestellt ist. Es ist auch kaum damit zu rechnen, dass das Geburtstagsessen für IG-Metall-Chef Huber für so heftige Reaktionen sorgen wird wie seinerzeit die Einladung für Ackermann. Zu unterschiedlich sind Zeiten und Umstände. So wird vermutlich auch niemand im Bundestag – wie damals Abgeordnete der Grünen und der SPD – auf die Idee kommen, den Haushaltsausschuss nach den Kosten der Geburtstagsfeier zu fragen. „Das ist doch kleinkariert und absurd“, hieß es dazu schon damals im Bundestag. (dpa)

